Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 293. Freitag den 10. Juni 1892. 86. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Einlösung der am
30. dieses Monats
fälligen Zinscoupons (mit Ausnahme derjenigen, welche zu den für 30. Juni 1892 **gekündigten** Scheinen der Anleihe von 1876 gehören) und der **durch Auslosung zahlbaren** Scheine der Leipziger Stadtanleihen erfolgt bereits vom
15. dieses Monats
ab bei unser Stadtcasse in den Stunden von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Mittags.

Der nach der Bekanntmachung vom 4. December 1891 **für den 30. Juni 1892 gekündigte Theil der Leipziger Stadtanleihe von 1876** gelangt dagegen erst vom
30. dieses Monats
ab bei unserer Stadtcasse während der oben bemerkten Cassenstunden zur Rückzahlung.

Leipzig, den 8. Juni 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Müller.

Bekanntmachung.

Mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten haben wir beschlossen, nach Maßgabe des Planes $\frac{\text{T. V. 5234}}{\text{R. A. 5775}}$ die Fluchtlinien für diejenigen Straßen und Plätze im Stadttheile Leipzig-Sellerhausen festzustellen, welche zwischen der Wurzener und Gartenstraße und den Flurgrenzen mit Crottendorf und Stötz liegen, sowie für diejenigen Straßen und Plätze im Stadttheile Leipzig-Anger-Crottendorf, welche auf dem Theile der Flur Crottendorf, zwischen der verlängerten Gartenstraße in Leipzig-Anger-Crottendorf, der Königl. Sächs. Verbindungsbahn, der Flurgrenze mit Sellerhausen und der Eilenburger Eisenbahn liegen.

Ferner haben wir mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten beschlossen, den seiner Zeit ausgelegten Bebauungsplan über Leipzig-Anger-Crottendorf, $\frac{\text{T. V. 3460}}{\text{R. A. 4618}}$, welcher durch die Bekanntmachung vom 4. December 1889 Ib 5822 Gültigkeit erlangt hat, dahin abzuändern, daß die Straße, welche die Parcelle Nr. 25 des Flurbuchs für Anger und die Parcellen 7, 75, 83 bis mit 93, 101 bis mit 105, 117, 118, 119 des Flurbuchs für Crottendorf durchschneidet, bez. berührt, statt wie früher 20 m, nun 23 m Breite erhalten soll, wie dies auf Plan $\frac{\text{T. V. 5234}}{\text{R. A. 5775}}$ (auf welchem diese Straße die Bezeichnung K erhalten hat) dargestellt ist.

Auch ist darin eine Abänderung getroffen, daß die Parcellen 103 bis mit 107, 116 bis mit 119 des Flurbuchs für Crottendorf treffend, die Anlage eines freien Platzes beschlossen worden ist.

Dieser Bebauungsplan liegt in unserer Tiefbauverwaltung (Rathhaus, Zimmer Nr. 23, II. Stock) vier Wochen, vom Ablaufe des Tages nach der Ausgabe der diese Bekanntmachung enthaltenden Amtsblätter an gerechnet, zu Jedermanns Einsicht aus.

Widersprüche gegen den Plan sind innerhalb dieser Frist bei deren Verlauf schriftlich bei uns anzubringen.

Leipzig, den 3. Juni 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ic 2841. Dr. Georgi. Dr. Neblich.

Feldverpachtung.

Von der an der Gundorfer Straße gelegenen Parcelle Nr. 681 des Flurbuchs für Leipzig-Lindenau soll ein 3 Hekt. 94,4 Ar — 7 Acl. 38 □R. enthaltender Theil zum Feldbau, mit Ausschluß jeder anderen Benutzungsweise, auf die 6 Jahre vom 1. October 1892 bis 30. September 1898

Sonnabend, den 18. dieses Monats,
Vormittags 11 Uhr

an Rathsstelle, Rathhaus, I. Etage, Zimmer Nr. 8, an den Meistbietenden verpachtet werden.

Die Versteigerungs- und Verpachtungsbedingungen nebst dem betreffenden Situationsplane liegen in der Geschäftsstelle unserer Oekonomie-Inspection, Johannisplatz 9, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 7. Juni 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ih. 2008. Dr. Georgi. Kramsiegel.

Bekanntmachung.

In dem der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Eckgebäude an der Marktholle — **Kurzringstraße Nr. 14** — sind folgende Miethräume, als:

1) das an der Brüderstraße gelegene **Verkaufsgewölbe A** von 37,74 qm Flächengehalt mit einem Nebenraum von 17,60 qm und einem im Kellergeschoß unter dem Gewölbe befindlichen Lagerraum von 36,10 qm;
2) das an der derselben Straße gelegene **Verkaufsgewölbe B** von 32,19 qm Flächengehalt mit einem größeren Nebenraum von 15,80 qm und einem kleineren von 2,35 qm, sowie einem im Kellergeschoß unter dem Gewölbe befindlichen Lagerraum von 21,70 qm;
3) das an derselben Straße gelegene **Verkaufsgewölbe C** von 32,10 qm Flächengehalt (ohne Nebenraum) mit dem darunter im Kellergeschoß befindlichen Lagerraum von 21,70 qm;
4) das an der Ecke der Brüder- und Kurzringstraße gelegene **Verkaufsgewölbe D** von 56,30 qm Flächengehalt (ohne Nebenraum) mit dem darunter im Kellergeschoß befindlichen Lagerraum von 45,50 qm

sofort auf sechs Jahre zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, den 8. Juni 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kramsiegel.

Kirschen-Versteigerung.

Die diesjährige Nutzung von den fiscalischen Kirsch-Bäumen an den Straßen der Amtshauptmannschaftbezirke Grimma, Colditz und Borna soll gegen sofortige Baarzahlung und unter den sonst vorgeschriebenen Bedingungen öffentlich verdingt werden

Montag, den 13. dieses Monats,
Vormittags 9 Uhr
in der Schankwirthschaft zum Wiesenthal in Grimma,
Nachmittags ½5 Uhr
im Gasthof zum Feldschlößchen zu Colditz,
Dienstag, den 14. dieses Monats,
Vormittags ½10 Uhr im Gasthof zu Borsdorf und
½12 „ in der Meyer'schen Schankwirthschaft zu Borna.

Grimma, am 8. Juni 1892.

Königliche Straßen- und Wasser-Bauinspection. Königliche Bauverwaltung.

Bekanntmachung.

Die öffentlich ausgeschriebenen Arbeiten zur Fortführung der **2. südlichen Vorfluthschleuse** sind vergeben.

Die unberücksichtigt gebliebenen Bewerber werden daher ihrer Angebote entlassen.

Leipzig, am 4. Juni 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ic. 2718. Dr. Georgi. Rülling.
776.

Aufgebot.

Der Gutsbesitzer Eduard Rauer in Emilienhof bei Schmölln, vertreten durch die Rechtsanwälte Justizrath Toelle und Dr. Toelle hier, hat als eingetragener Eigenthümer des Grundstücks Schmölln Blatt Nr. 7 das Aufgebot der auf diesem Grundstück in Abtheilung III unter Nr. 15 für die Handlung Heinrich Küstner und Co. in Leipzig auf Grund des Vertrages vom 4. November 1882 eingetragenen zu 5% jährlich verzinslichen Post von 1000 ℳ Restkaufgeld beantragt.

Die eingetragene Gläubigerin oder deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf

den 6. August 1892, Vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer Nr. 4, anberaumten Aufgebotstermine ihre Rechte und Ansprüche anzumelden, widrigenfalls sie mit diesen ausgeschlossen werden und die Post im Grundbuche gelöscht werden wird.

Schneeberg, den 25. April 1892.

Königliches Amtsgericht.

Das Krönungsjubiläum in Ungarn.

Die staatsrechtliche Stellung Ungarns, wie sie durch den Ausgleich des Jahres 1867 geschaffen worden ist, hat durch das Krönungsjubiläum in Pest die Bestätigung als dauernder Zustand erhalten; das verwickelte und ohne Beispiel dastehende Verhältniß der beiden Staaten Oesterreich und Ungarn zu einander hat sich während des Zeitraums von 25 Jahren allmälig eingelebt in die Gewohnheiten und Bedürfnisse der Bevölkerung des Doppelstaates, und wenn es auch an Schwierigkeiten auf den Gebieten der Finanzen und des Heerwesens niemals gefehlt hat, wenn mannigfache Reibungen das gute Einvernehmen gestört haben, so hat sich doch der Dualismus als eine mögliche Einrichtung bewährt, nachdem sich alle Bestrebungen, aus Oesterreich-Ungarn einen Einheitsstaat zu bilden, als vergeblich erwiesen hatten. Deutschland konnte die Schöpfung des Grafen Beust nur mit gemischten Gefühlen betrachten, weil durch sie die schon ziemlich weit vorgeschrittene Germanisirung Ungarns nicht nur zum Stillstand gebracht, sondern überhaupt unmöglich gemacht worden ist. In der Uebergangszeit, die aus dem früheren in den gegenwärtigen Zustand überleitete, machte sich ein starker Gegensatz zwischen Magyaren und Deutschen bemerkbar, der Sturm der Leidenschaft wich aber nach und nach milderen Anschauungen auf beiden Seiten, und seit dem Abschluß des Bündnisses des Deutschen Reiches mit Oesterreich-Ungarn besteht ein gutes Einvernehmen zwischen beiden Nationen. Die Magyaren fangen an einzusehen, daß ihrer Verwaltung noch große Mängel anhaften, daß die Cremitatswirthschaft, die eine gewisse Aehnlichkeit mit der türkischen Pascha-Wirthschaft hat, der Aufrichtung geordneter Zustände Hindernisse bereitet und daß auch die ungarische Justiz sehr der Verbesserung bedarf. Graf Szapary hat in dieser Beziehung einen kräftigen Anlauf genommen, um mit den alten Mißbräuchen aufzuräumen, und es scheint, als ob ihm die Mehrheit des Reichstages den für die Ausführung seiner Pläne nöthigen Beistand leisten werde. Die Vorlagen wegen Einführung der Goldwährung haben in Ungarn größeres Entgegenkommen gefunden als in Oesterreich, und es ist unzweifelhaft, daß die Bereitwilligkeit Ungarns, die Vorlagen anzunehmen, auch auf Oesterreich eine günstige Rückwirkung äußern wird. Die Thatkraft, mit welcher der österreichische Finanzminister sein Ziel verfolgt, und die Schlagfertigkeit, mit welcher er allen Angriffen auf die Goldwährung entgegentritt, gewähren eine wirksame Hilfe gegen die Widersacher der Neuerung, welche keine triftigen Gründe ihres Widerstandes anzugeben wissen, es sei denn, daß ihnen die Macht der Gewohnheit und die Besorgniß vor den Folgen der Neuerung als solche Gründe erscheinen. Jede Neuerung ist ein Wagniß, aber wenn man immer blos den schlimmsten Fall annehmen wollte, dann würde überhaupt jeder Fortschritt unmöglich sein.

In solcher Lage hat sich der bedeutungsvolle Vorgang des 25jährigen Jubiläums des Kaisers von Oesterreich als König von Ungarn vollzogen, und alle Veranstaltungen, alle Kundgebungen des ungarischen Volkes bei diesem Anlaß haben gezeigt, einen wie hervorragenden Antheil an der Reorganisation Ungarns der Kaiser Franz Josef gehabt hat. Der über jedes Lob erhabenen Liebenswürdigkeit seiner Person, der sich stets gleich bleibenden wohlwollenden Art seines Wesens, dem zugleich gewinnende Freundlichkeit und besonnene Zurückhaltung eigen sind, ist es gelungen, selbst die widerstrebenden Elemente des ungarischen Volkes für sich zu gewinnen und sie dem seit 1867 bestehenden staatsrechtlichen Verhältniß geneigt zu machen. Nirgends giebt es ärgere Schreier in den europäischen Parlamenten als Iranyi, Ugron und den Grafen Apponyi, damit können sich höchstens die Italiener Imbriani, Cavalletti und Barzilai messen, aber an der Person des Kaisers Franz Josef findet kein ungarischer Abgeordneter etwas auszusetzen, und mit der Veranstaltung glänzender Festlichkeiten zur Feier des 25jährigen Jubelfestes der Krönung des Kaisers als König von Ungarn hat sich das ganze Parlament einverstanden erklärt.

Eine heikle Angelegenheit sind und bleiben alle die Vorgänge, welche an die längst vergangene Revolutionszeit erinnern. Namen wie Kossuth dürfen nicht genannt werden, ohne Ruhe und Frieden in Ungarn zu gefährden, und beim Tod Klapka's sind die gleichen Erscheinungen hervorgetreten. Die Ungarn brauchen sich aber nicht zu beklagen über ihren jetzigen Zustand; sie haben einen hohen Grad von Selbstständigkeit, sie sind die verzogenen und verhätschelten Kinder der Gesammt-Monarchie, die andere Reichshälfte dient Ungarn zur Erhöhung von Macht und Ansehen und trägt obenein noch einen unverhältnißmäßig großen Theil der gemeinsamen finanziellen Lasten. Dabei kehrt sich das ungarische Parlament so gut wie gar nicht an die Grenzen, welche ihm der Geschäftskreis der Delegationen zieht; im Reichstage werden alle auswärtigen Angelegenheiten erörtert, als ob es keinen gemeinsamen Minister des Auswärtigen für Oesterreich-Ungarn gäbe und als ob die Delegationen nicht alljährlich zusammenträten, um über das Budget des auswärtigen Ministeriums zu verhandeln.

Seit der Aufrichtung des Dualismus hat Oesterreich-Ungarn noch keine große Umwälzung durchgemacht, weder an dem Kriege von 1870/71 war es betheiligt, noch an dem russisch-türkischen Kriege von 1877/78, später ist der Dreibund in Kraft getreten, der sich aus dem Bündniß Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn entwickelt hat mit seinen glücklichen Wirkungen für die Erhaltung des europäischen Friedens. Ungarns Wiedergeburt hat sich somit unter den günstigsten äußeren Verhältnissen vollzogen, und sie wird sich voraussichtlich unter der Herrschaft des Friedens noch ferner entwickeln. Vermuthungen anzustellen über die etwaigen Folgen eines großen Krieges, an welchem Oesterreich-Ungarn betheiligt ist, erscheint als ein vergebliches und nutzloses Beginnen; wir wollen hoffen, daß der Dualismus eine solche Probe überhaupt nicht zu bestehen hat. Was geschieht, ist nothwendig, denn sonst würde es nicht geschehen; dieser Satz bezieht sich auch auf verfehlte Werke, denn sie bahnen dem Besseren und Vollkommeneren den Weg. Alles, was besteht, ist der Veränderung unterworfen, auch Rom ist gefallen, obgleich es die Welt beherrschte.

Man hat Oesterreich das Reich der Unwahrscheinlichkeiten genannt, andererseits hat man gesagt, daß dieses Reich geschaffen werden müsse, wenn es nicht bestände. Als der Ausgleich des Jahres 1867 zwischen Oesterreich und Ungarn Gestalt gewann, betrachtete man ihn kopfschüttelnd und reihte ihn unter die Versuche ein, in das österreichisch-ungarische Chaos Ordnung zu bringen; heute nach 25 Jahren denkt man darüber anders, man bekennt sich zu der Meinung, daß der Dualismus in Ermangelung von etwas Besserem immerhin noch ganz erträglich ist. Die Czechen haben sich allerdings darauf berufen und die Errichtung eines Königreichs Böhmen mit noch größerer Selbstständigkeit als Ungarn verlangt, aber dieses Verlangen hat bisher keine Befriedigung gefunden und wird sie auch voraussichtlich in Zukunft nicht finden, weil die Verhältnisse in Böhmen ganz anders liegen wie in Ungarn. Die Deutschböhmen stellen einen nicht unbeträchtlichen Procentsatz der böhmischen Bevölkerung dar, und dann ist auch die geographische Lage Böhmens zu berücksichtigen, die eine bedingte Personalunion mit Oesterreich nicht gestattet. Hier liegt zugleich der Schlüssel für die Schwierigkeiten der inneren Politik Oesterreichs; aber darüber steht der Presse eines befreundeten Staates nur ein sehr vorsichtiges Urtheil zu. Es ist in der That weit leichter, gute Rathschläge zu geben, als das Richtige zu finden, wenn man selbst in der Lage ist, großer Schwierigkeiten Herr zu werden. Der Deutsche ist in dem Nationalitätenstreite, welcher in Oesterreich tobt, Partei, und es ist für ihn selbstverständlich, daß er die Partei seiner Stammesgenossen vertritt im Kampfe gegen die Slawen; aber wenn man mitten in diesen verworrenen Zuständen lebt, so mag es schwer genug sein, einen Ausweg aus dem Labyrinth zu finden.

*

Deutsches Reich.

G. Leipzig, 10. Juni. Durch Berliner Blätter wurde die Nachricht verbreitet, daß die Verhandlung gegen die des Hochverraths angeklagten Clavierlehrer Kamien, Schuhmacher Ruff und Gemüsehändler Rennthaler in Berlin vor dem hiesigen Reichsgericht auf den 15. Juni angesetzt sei. Diese auch in unser Blatt übergegangene Nachricht bestätigt sich nach neuerlichen von uns eingezogenen Erkundigungen nicht.

△ Berlin, 9. Juni. Die Heißsporne der hochkirchlich-conservativen Richtung im Minden-Ravensberger Land haben sofort nach dem Tode des Herrn v. Kleist-Retzow beschlossen, im Reichstagswahlkreis Herford-Halle den früheren Unterrichtsminister Grafen v. Zedlitz-Trützschler als Candidaten aufzustellen, sind aber bis heute noch nicht in die Lage gekommen, ihren Gesinnungsgenossen mitzutheilen, wie Graf Zedlitz selbst über diese ihm zugedachte Rolle denkt. Wohl aber scheint inzwischen der Zwiespalt im Lager der Ravensberger Conservativen erheblich sich erweitert zu haben. Die „Neue Westfälische Volks-Zeitung", ein Organ Stöcker'scher Richtung, verbraucht sehr viel Lungenkraft, um der conservativen Parteileitung in Berlin, namentlich der Fraction des Abgeordnetenhauses täglich zu Gemüthe zu führen, daß „der allgemeine Parteikarren im Sumpfe wirklich stecken bleiben" müsse, wenn nicht so bald als irgend möglich und jedenfalls noch vor dem Herbst ein Parteitag die Klärung über das Programm und die Taktik der Partei herbeiführt. Nun geberdet sich das genannte Blatt allerdings derart, als sei im Minden-Ravensberger Land nur Eine Stimme darüber, daß diese „Klärung" nach dem Verlangen des extremen Stöcker-Hammerstein'schen Flügels und nicht anders erfolgen dürfe. Ja, es wird für jeden andern Fall sogar mit der Berufung eines besonderen Parteitages in Westfalen und der Begründung einer „christlich-conservativen Partei" in dieser Provinz gedroht. Die „Bielefelder Post", das nationalliberale Organ für Minden-Ravensberg, weist aber darauf hin, daß innerhalb der conservativen Partei in jener Landschaft nichts weniger als Einigkeit herrsche und daß gerade wieder beim Kampf gegen den letzten Schulgesetzentwurf sich gezeigt habe, wie viel besonnene Männer es auch im conservativen Lager giebt, die keineswegs mit den Heißsspornen durch Dick und Dünn gehen mögen. Bestätigt wird ja das Vorhandensein einer zwiespältigen conservativen Richtung auch durch die Wahlziffern der letzten Jahre. Bei den Landtagswahlen in Herford-Halle-Bielefeld stimmten 1885, wie 1888 etliche 30 freiconservative Wahlmänner mit denen der liberalen Parteien gegen Stöcker, ebenso in Minden-Lübbecke gegen die dortigen Candidaten Stöcker'scher Richtung, und bei den Reichstagswahlen von 1890 klaffte ein offener Riß mitten durch die conservative Partei in Bielefeld, wo gegen Herrn von Hammerstein ein gemäßigt-conservativer Bewerber aufgetreten war. Das von der „Neuen Westfälischen Volkszeitung" inscenirte Vorspiel zu der Reichstagsersatzwahl in Herford-Halle, die Drohung mit einer Selbstständigmachung der „christlich-conservativen Partei Westfalens" (vermuthlich im Gegensatz zur nichtchristlich-conservativen) kann nach alledem durchaus nicht im Sinne einer besonderen Erstarkung der Conservativen überhaupt verstanden werden. Um so mehr verdient der Zuspruch der „Bielefelder Post" beachtet zu werden, welcher die Nationalliberalen ermuntert und ermahnt, mit Aufgebot aller Kraft dem scheinbar übermächtigen Gegner fest entgegenzutreten. Die nationalliberale Partei hatte, wie in Erinnerung gebracht sei, den Wahlkreis im Jahre 1874 einmal im Besitz und ist seither stets die stärkste unter denen geblieben, welche den Hochconservativen dort gegenüberstanden. Bis 1881 waren die beiden liberalen Parteien regelmäßig nur mit einem gemeinsamen Candidaten in diesen Kampf gegangen; 1884, 1887 und 1890 hatte jede der beiden Parteien ihren eigenen Candidaten aufgestellt, wobei die Nationalliberalen 2500 bis 3500, die Freisinnigen 1200—1500 Stimmen erhielten, während die Conservativen, so lange Herr von Kleist-Retzow candidirte, zusammenzugehen und mit 8—10000 Stimmen stets im ersten Wahlgang siegten.

✉ Berlin, 9. Juni. Unsere neuliche Meldung, daß Herr Bebel gesund sei und nicht von seinem Schwiegersohn Simon behandelt wird, sowie daß Herr Simon weder ein deutsches Abiturientenexamen, noch eine medicinische Staatsprüfung an einer deutschen Universität bestanden hat und daß Herr Simon deshalb nicht berechtigt ist, in Deutschland als „praktischer Arzt" sich niederzulassen, wird heute von dem „Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands", dem „Vorwärts", bestätigt. Denn nichts als eine Bestätigung ist es, wenn das Blatt erzählt, Herr Simon habe in Berlin und Jena studirt, an letzterer Universität den philosophischen Doctortitel erworben und dann nach weiterem Studium in Zürich das schweizerische Staatsexamen gemacht, auf Grund dessen er in St. Gallen prakticire. Selbstverständlich verschwendet der „Vorwärts" bei dieser Bestätigung ein gut Theil des reichen Vorraths seiner Schimpfworte. Denn die Wahrheit haßt der „Vorwärts" noch viel mehr als den „Bourgeois", das kann Herr Singer bestätigen; und seit Herr Liebknecht, welcher allerdings — echt socialdemokratisch — seinen Namen nicht nennt, das „Volksblatt" leitet, hat dieses „Centralorgan" sich redlich bemüht, nicht etwa sein Lesepublicum zu belehren, sondern auf die möglichst niedrige Stufe herabzudrücken. Der Ton des Blattes ist längst dem Berliner Droschkenkutscher zu ordinär. Wir müssen darauf verzichten, mit diesem Blatte zu polemisiren. Sollte aber Herr Simon nachträglich an einer deutschen Universität ein medicinisches Staatsexamen machen, so werden wir nicht verfehlen, es sofort mitzutheilen. Unsere Mittheilung, daß Frau Simon naturwissenschaftliche Studien betreibt, bezeichnet das „Volksblatt" als „dübisch", als „Schaudnetiz" ꝛc. Fürwahr, eine ganz eigenartige Auffassung, deren alleiniges Eigenthum wir Herrn Liebknecht gern überlassen.

* Berlin, 9. Juni. (Telegramm.) Auf allerhöchsten Befehl soll fortan über alle Reibungen und Collisionen zwischen Officieren und Civilpersonen dem Kaiser Vortrag unter genauer Darlegung des Sachverhalts erstattet werden. — Der socialdemokratische Stadtverordnete Sabor legte infolge der gegen ihn wegen Betheiligung an der Leichenfeier Forckenbeck's gerichteten Angriffe sein Mandat nieder. Es verlautet, auch Tutzauer und Höhne würden ihr Mandat aus gleicher Veranlassung niederlegen.

— Ueber die Kaiserbegegnung in Kiel wird der „Köln. Ztg." telegraphisch aus Berlin vom 8. d. berichtet:

„Von Seiten, die Gelegenheit haben, das Zusammensein der beiden Kaiser in Kiel aus der Nähe zu beobachten, erfahren wir, daß es ebenso ungezwungen wie herzlich und zuvorkommend war. Der Zar insbesondere war in der heitersten und liebenswürdigsten Stimmung, und er gab davon zahlreiche Proben auch dadurch, daß er die Herren der kaiserlichen Begleitung durch längere eingehendere Unterhaltung auszeichnete. Das Wetter war unübertrefflich schön, die Pracht des Kieler Hafens ist selten so großartig zutage getreten wie an diesem unterlesenen Pfingstdienstag. Als die beiden Kaiser von einander am Abend schieden, waren sie einig in der Ueberzeugung, selten einen so vielseitig begünstigten und vollauf befriedigenden Tag verlebt zu haben. Die Annahme, daß der Zar auch noch die Nacht in Kiel zubringen werde, die hier und da auftauchte, beruhte auf einer Verkennung und Verwechslung der Thatsachen. Kaiser Wilhelm hatte allerdings keine feste Zeitbestimmung wegen seiner Rückreise getroffen, das prachtvolle Wetter hatte ihn bestimmt, auch noch heute in Kiel zu verbleiben, und er wird voraussichtlich erst morgen früh wieder im Neuen Palais eintreffen; für die Dauer des Aufenthalts des Zaren waren aber von vornherein ganz feste Grenzen gezogen, die sich schon daraus ergaben, daß der Ausflug nach Kiel nur eine kurze Unterbrechung des Kopenhagener Aufenthalts bedeutete und dann die Rückreise von dort nach Petersburg schon für die nächsten Tage festgesetzt ist. Die politische Tragweite des Zarenbesuches ist nicht zu überschätzen, andererseits aber auch nicht zu gering anzuschlagen. Politische Verabredungen sind selbstverständlich auch diesmal nicht getroffen worden; die friedliche Bedeutung dieses Besuches wird zwar durch die Reise des Großfürsten Konstantin Konstantinowitsch nach Nancy einigermaßen abgeschwächt, aber nicht aufgehoben. Bei dem Besuche des Großfürsten ist in Betracht zu ziehen, daß die Russen der Franzosen mehr denn je auf geldlichem Gebiete bedürfen und das größte Interesse daran haben, jede Verstimmung des französischen Geldmarktes zu verhüten. Der unerwartete Besuch des russischen Großfürsten wird daher den Zweck gehabt haben, den französischen Markt leichter für die nächste russische Anleihe zu öffnen. Der Zarenbesuch in Kiel galt nicht solchen Rücksichten. Der Zar hat, wie uns versichert wird, in Kiel wiederholt betont, daß seine Politik nur friedliche Ziele verfolge, und da die Ziele des deutschen Kaisers sich seit seiner Thronbesteigung unentwegt in der gleichen friedlichen Bahn bewegt haben, so darf man annehmen, daß der persönliche Meinungsaustausch zweier Herrscher, die einander vertrauen, auch diesmal dazu beigetragen haben wird, den Bestande und der Dauer des europäischen Friedens zu dienen.

Wir fügen dieser Auslassung die Meldung der „N. Fr. Pr." aus London hinzu, daß der russische Botschafter daselbst auf das Bestimmteste erklärt habe, das Erscheinen des Großfürsten in Nancy sei ein coup-de-tête, der ohne Wissen und ohne Zustimmung des Zaren, sowie ohne vorherige Anfrage erfolgt sei." Ferner meldet uns ein wahrscheinlich verstümmeltes, jedenfalls räthselhaftes Telegramm aus Petersburg: „Wie die „Petersb. Börsenzeitung" erfährt, wäre der Besuch des Großfürsten Constantin in Nancy unterblieben, wenn die französische Regierung den festen Entschluß bekundet hätte, anti-deutsche Kundgebungen zu verhüten."